

1. Beilage zum „Niesner Tageblatt“.

Notablendruck und Verlag von Renger & Winterlich in Nies. — Für die Redaktion verantwortlich: Arthur Schuel in Nies.

Nr. 138.

Donnerstag, 18. Juni 1914, abends.

67. Jahrg.

Die deutschen Gastwirte.

Der Regierungspräsident von Magdeburg, Herr v. Niesisch, hat den gegenwärtig dort versammelten 4. Deutschen Gastwirtstag mit einer Ansprache begrüßt, in der er die steigende Bedeutung des Gastwirtsstandes im nationalen Leben Deutschlands betonte. Und in der Tat, die Entwicklung unseres modernen öffentlichen Lebens, die riesige Steigerung des Reise- und Ferienerlebens, die wachsende Versammlungsagitation bei allen Arten von Wahlen, die auf Gastwirtschaften angewiesen ist, die zunehmende Beschäftigung von Angestellten mit all ihren sozialpolitischen Verpflichtungen im Gastwirtsstande, die neuesten gemeindlichen Besteuerungs- und polizeilichen Beaufsichtigungsversuche: das alles legt Zeugnis von der höheren Bewertung des Gastwirtsstandes im nationalen Leben unseres Volkes ab. So war es auch eine politische und sozialpolitische bedeutsame Beratung, die der 4. Deutsche Gastwirtstag an die Spitze seiner Verhandlungen stellte: die Besprechung der sogenannten Gastwirtsnovelle, die dem Reichstag vorgelegt hat, aber durch den Sessionseschluß nicht mehr zur Erledigung gekommen ist. Da sie zweifellos im Herbst wiederberufen wird, haben die Wünsche der Gastwirte zu dieser Neuregelung des § 33 der Reichsgewerbeordnung Anspruch auf allgemeine Beachtung.

Hier ist es nun zunächst interessant, zu hören, daß der 4. Deutsche Gastwirtstag eine Reihe von Wünschen im Gewerbe offen gibt, die einen Eingriff der Gesetzgebung begründen. Nur wurde allgemein eine größere Mäßigkeit auf den überwiegend guten Teil der Gastwirte für unumgänglich erklärt. Das Gastwirts-gewerbe, das heute mit Steuern und Abgaben für Staat und Kommunen bis zum Umfinken belastet sei, brauche notwendiger als eine Verschärfung der polizeilichen Beaufsichtigungs- und Verordnungsbestimmungen gezielten Schutz gegen allerlei schädigende Konkurrenz. Der immer noch wachsende Flächenwettbewerb, die Ausdehnung der Speisewirtschaften, Privatpensionen und ähnliche Einrichtungen könnten nur dann ertragen werden, wenn diese von Konzeption und Sonderbesteuerung freien Betriebes mit gleichem Maße wie die Gastwirtschaften gemessen würden. Die Einbeziehung der alkoholischen Wirtschaften und Kaffeestuben in die Erlaubnispflicht und Bedürfnisfrage, die der Regierungsentwurf angeht, müsse auch für eine neue Vorlage gefordert werden.

Nachdem in dieser Weise die Konkurrenz des steuerbelasteten Gastwirtsstandes behandelt war, ging man zu den Forderungen über, die an die eigenen Berufs-kollegen zu richten seien. Gewiß müßten unläutere Elemente noch Möglichkeit fern gehalten werden. Nur sei die Bestimmung, daß der Bewerber „die erforderliche Zuverlässigkeit“ besitzen müsse, zu dehnbar. Die Polizei habe schon jetzt ein weitgehendes Maß von Verfügungsgründen und mache in der Praxis regen Gebrauch von ihnen, wenn sie nicht nur ungeeignete, sondern auch unbecuene Bewerber ablehnen wolle. Diese Verfügungsgründe würden sehr wohl verstärkt durch die Einführung der allgemeinen Bedürfnisfrage, wogegen vom Standpunkt des rechtlichen Gastwirtsstandes nichts einzuwenden sei, wenn nur gewisse Anteile gegen schmälernde Auslegung dieses neuen Rechtes getroffen würden. Hierher gehöre vor allem die Einfügung österreichischer Bestimmungen in das deutsche Recht, daß Interessenvertretungen des Gewerbes bei den Entscheidungen über Konzessionsanträge mitwirken oder doch gutachtlich gehört werden müssen.

Alle diese Forderungen bezeugen einen gesunden Reformwillen der Gastwirte selbst an der Verbesserung ihrer Lage und der Hebung ihres Standes. Man mag einzelne Wünsche, wie die Gleichstellung der Privatpensionen, besonders in viel besuchten Badeorten und Sommerfrischen, mit dem Gastwirtsstande für reichlich weitgehend ansehen, aber im ganzen wird man doch anerkennen müssen, daß tatsächlich Maßnahmen getroffen werden müssen, um den schwerbelasteten Gastwirtsstande die wirtschaftliche Existenzmöglichkeit und die politische Bewegungsfreiheit zu erhalten. Daß das geschehe, dafür wird die straffe und gute Organisation der deutschen Gastwirte auch in Zukunft kämpfen und sie wird das Bewußtsein haben dürfen, daß dabei der besonnene Teil der Bevölkerung hinter ihr steht.

Die Eröffnung des Großschiffahrtsweges Berlin-Stettin.

Der Großschiffahrtsweg, der die Havel mit der Oder und damit Nord- und Ostsee durch Binnenkanäle verbindet, die imstande sind, Fahrzeuge von einer Tragfähigkeit von 600 Tonnen aufzunehmen, wurde gestern feierlich eingeweiht. Der Kaiser nahm an den Festlichkeiten teil. Der alte Finow-Kanal, der die Stromgebiete der Elbe und Oder miteinander in Verbindung setzte, war nur imstande kleinere Lasten aufzunehmen, und konnte der neuzeitlichen Entwicklung nicht mehr genügen. Um von Berlin nach Stettin mit größeren Fahrzeugen zu gelangen, die keine Umladung mehr notwendig hatten, bedurfte es eines neuen Wasserweges, der nunmehr geschaffen worden ist. Von Pöthensee aus, wo der Berliner Hafen angelegt ist, geht der Kanal zunächst zur Havel, wo in Erkenntnis der großen Bedeutung der Wasserbindung mit der Ostsee die Berliner Großindustrie sich bei Heiligensee und Hennigsdorf bereits festgesetzt hat. Der Kanal folgt dem Lauf der Havel bis in die Nähe

von Kranienburg, um dann den alten Raß-Kanal, der erweitert worden ist, zu folgen. Bei Tüsterlase mündet der Kanal, der hier durch das alte Seengebiet geführt ist, einen Arm nach Osten und geht nunmehr beinahe parallel zum Finow-Kanal nördlich von dieser alten Wasserstraße der Oder zu. Bei Nieder-Finow, wo eine Schleusentreppe von 36 Metern Höhenunterschied angelegt ist, geht der Kanal in den alten Finow-Kanal, den er jedoch bei Pöthe schon wieder verläßt, um dann von Oberberg aus sich der alten Oder zuzuwenden und bei Hohenhausen in die gleichfalls kanalisierte Oder überzugehen. Die Länge des neuen Kanals beträgt von Pöthensee bis Hohenhausen 100 Kilometer.

Der Kanal wird von wesentlich größerer Bedeutung als der Finow-Kanal für Stettin sein, weil er erheblich breiter und tiefer, also auch für größere Schiffe befahrbar sein wird. Auch ist nicht nur die Zahl der Schleusen geringer, sondern auch deren Anlage und Benutzung um vieles bequemer. Weil freilich von vornherein ein solcher verbesserter Kanal beabsichtigt war, mußte man sich auch auf unso schwerere Arbeiten gefaßt machen. Da war zunächst mit sehr ständigen Bodenverhältnissen zu rechnen; die benötigte, mächtige „Streuandbänke“ bot für das Kanalwasser kein brauchbares Bett. Durch künstliche Dichtungen mußte überall der Kanal vor dem Versinken seiner großen Wassermassen geschützt werden. Wo es statt des Sandes zur Anwechslung Torf- und Moorsoden gibt, war der Bau auch nicht leichter. Dazu war ein ziemlich starkes Gefälle zu überwinden. In das Oberstreck steigt der Kanal mit Hilfe einer Schleusentreppe 36 Meter tief hinab. Und trotzdem ist diese Schleusentreppe mit ihrem elektrischen Betrieb so vorzüglich eingerichtet, daß in anderthalb Stunden ein Schiff über diesen Hindernis hinweggebracht werden kann. Andere Hindernisse waren die Eisenbahn Berlin-Eberswalde und der Finow-Kanal. Ueber beide Hindernisse mußte der Kanal hinweggeführt werden. Mittels gewaltiger Brücken, die nicht nur die kolossalen Wassermassen und Schiffslasten aushalten, sondern auch zuverlässig gegen ein Durchsickern des Wassers geschützt sein müssen. Der Sieg über alle diese Widerstände ist glänzend errungen. Die Schnellzüge denern mit ihren Rauchwolken sicher unter schwerelabenden Getreide- oder Kohlenlasten durch 33 Meter tiefer Wasserpiegel des Kanals breit und 3 Meter tief. An manchen Stellen kam ihm freilich die Natur des Landes auch durch ihre Seen und natürlichen Wasserläufe wieder entgegen.

Der Großschiffahrtsweg wird zunächst eine Hebung des Wasserverkehrs zwischen Stettin und Berlin zur Folge haben, und dann nördlich von Berlin im Herzen der Mark eine Großindustrie entwickeln helfen, der er durch die Möglichkeit des billigen Wassertransports die Rohmaterialien beträchtlich billiger an die Fabrikationsstellen schafft, als es jetzt die Eisenbahn tun kann. Am alten Finow-Kanal bereits ist um Eberswalde herum ein Industriezentrum entstanden, und nordwestlich von Berlin ein zweites bei Hennigsdorf und weiter nördlich bei Kranienburg.

Die Kosten des Kanals betragen ca. 50 Millionen Mark, die zum Teil durch den preussischen Staat, zum Teil durch die Gemeinden, die von dem Kanal unmittelbaren Vorteil haben, gedeckt werden. Der hauptsächlichste Vorteil des Kanals ist selbstverständlich der, daß es möglich ist, Ostsee-Schiffe ohne Umladung bis in den Hafen Berlins zu dirigieren, dadurch ist Berlin in einem gewissen Sinne Seehafen geworden, in ähnlicher Weise wie es Brüssel, das gleichfalls im Binnenland liegt, durch den auf Veranlassung König Leopolds gebauten Willebroeck-Kanal und seiner Ergänzung dem Seebrügge-Kanal wurde. Allerdings erscheint vorläufig die Höhe des Berliner Seehafens etwas gering und wird wohl noch eine beträchtliche Erweiterung erfahren müssen, wenn der Kanal, die auf ihn gesetzten Hoffnungen auch nur im geringen Maße erfüllt. Man rechnet anscheinend vorläufig hauptsächlich mit dem Verkehr auf den Zwischenstationen, während der eigentliche Berliner Verkehr wohl erst in späteren Jahren Berücksichtigung finden wird.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Zur Bekämpfung des Z 1. Die Untersuchung des bei Diederhofen gestörten Militärstützpunktes Z 1 hat ergeben, daß der Luftkrieger so stark beschädigt ist, daß ein vollständiger Wiederaufbau in der Havelniederung notwendig ist. Die Ursache der Zerstörung ist nach den bisherigen amtlichen Ermittlungen nur in höherer Gewalt zu suchen.

Eine amtliche Impfstattistik. Bei den heftigen Kämpfen, die im Reichstage vor einigen Wochen um das Impfgesetz geführt wurden, verliefen sich Gegner wie Freunde des Impfwanges auf Statistiken über die Wirkungen der Impfung, jedoch es für einen Dritten, der sich ein Urteil über diese Wirkungen bilden wollte, nahezu unmöglich wurde, zu einem abschließenden Urteile zu kommen. Eine Broschüre, die von der Medizinaldirektion des preussischen Ministeriums des Innern herausgegeben wurde, an deren Spitze der von den Impfgegnern heftig beschuldete Ministerialdirektor Medner steht, macht es sich nun zur Aufgabe, an Hand amtlicher Zahlen die Impfung zu rechtfertigen. Wir erfahren aus ihr, daß in Deutschland durchschnittlich nur 0,06 Todesfälle an Pocken auf je 100 000 Lebende im Jahre zu verzeichnen sind, Oesterreich dagegen, wo kein Impfwang besteht, sondern nur der Nachweis der Impfung bei der Aufnahme in die Schule gefordert wird, 0,14, in der Schweiz, wo nur in einigen Kantonen Impfwang besteht, 0,25. In England und Wales, wo früher die Zwangsimpfung bestand, wo jetzt aber ohne Einwilligung der Eltern keine Impfung vollzogen werden kann, beträgt die Zahl der töd-

lichen Pockenfälle jetzt 0,44 auf 100 000 Lebende. Die Broschüre wendet sich dann noch gegen die Behauptungen der schädlichen Wirkung des Impfwanges auf die Gesundheit der Impflinge, die sie für vermeidbar hält, wenn nur die Impfstellen sauber gehalten werden.

Übernehmen. Das nationalistiche „Echo de Paris“ sucht der Welt weis zu machen, in Anbetracht sei ein Kompromiß Deutschlands gegen Rußland vereinbart worden. Deutschland wolle sich von Bulgarien den Hafen Vagos am Mittelmeer abtreten lassen, den sich Bulgarien aus der türkischen Beutemasse nach dem allgemeinen Zusammenbruch noch gesichert hat. Von Vagos aus wolle Deutschland den russischen Einfluß in Kleinasien noch kräftiger bekämpfen als es bisher geschehen sei. Bei welchen Gelegenheiten Deutschland diesen Einfluß bekämpft habe, das verriet der Proprietär des „Echo de Paris“ nicht. Ihm genügt es allein, schon die Balkanfrage gegen Deutschland mißtrauisch zu machen. Nicht zum mindesten auch das bulgarische Volk aufzuregen. Die Bulgaren haben von aller ihrer Herrlichkeit am Mittelmeer nur einen kleinen Streifen gerettet, die öffentliche Meinung würde jedes Ministerium mit einem Sturm der Enttäuschung hinwegjagen, das es wagen würde, dieses magere Beutestück noch zu schmälern. Aber es genügt vielleicht den Machern, die dem Pariser Blatte seine Weisheit eingebracht haben, schon, im bulgarischen Volke überhaupt ein wenig auch noch so leichtes Mißtrauen gegen Deutschland und auch gegen das mit ihm verbündete Oesterreich zu erwecken. Denn in Paris, wie in Petersburg gibt man sich alle erdenkliche Mühe, das im Vorjahre durch den Dreierbund in seinen Hoffnungen schwer enttäuschte Bulgarenvolk von jeder Annäherung an die mitteleuropäischen Kaiserreiche fernzuhalten.

Eine französische Stimme über Deutschlands Ausflüge. In der Zeitschrift Renaissance veröffentlicht einer der höchsten Beamten der Pariser Stadtverwaltung, Louis Dauffet, eine Betrachtung über die geistige, wirtschaftliche und soziale Entwicklung Deutschlands. Nachdem Dauffet einen Überblick über die Entwicklung der letzten Jahrzehnte gegeben hat, faßt er sein Urteil wie folgt zusammen: „Deutschland ist stark, in allen Klassen, in allen Kreisen und in allen Verwaltungen auf Grund eines vollkommenen Geistes der Disziplin und des Zusammenwirkens.“ Von der Höhe bis zur Tiefe der sozialen Stufenleiter — abgesehen von Vangermanismus und vom Internationalismus — herrscht in allen deutschen Untertanen des Kaisers ein sicheres und vollkommenes Vertrauen zu den öffentlichen Gewalten. Deutschland ist heute stolz auf Grund einer starken, klugen und glühenden Vaterlandsliebe. Darum ist der „Wehrbeitrag“, die jüngste Steuer für das Heer, von allen nicht als eine neue wachsende Last, sondern als eine Ehre hingenommen worden. Der Wehrbeitrag wird der Staatskasse jährlich 350 Millionen M. zuführen; und diese 350 Millionen kommen aus wohlgefüllten Taschen und Kassenbüchsen. Seien wir auf der Hut“, so schließt der französische Beamte, „denn das wirtschaftliche Vermögen Deutschlands, das stantliche Wohlstand, das die Träume von einer größeren, von einer einzigen deutschen Macht begünstigt. Wer weiß, vielleicht wird sich gar bald die stolze und schreckliche Prophezeiung erfüllen, die nach Sedan verkündet wurde und von manchen dem Prinzen Friedrich Karl, von anderen Bismarck zugeschrieben wurde: „Wir Deutschen haben Frankreich auf kriegerischem Gebiete besiegt; jetzt müssen wir es auf dem Gebiete der Industrie schlagen und auf dem Gebiete der Finanzverwaltung.“

Die Heeresverwaltung bestimmte Saarburg, die stärkste Grenzgarison gegen Luxemburg, zur neuen Fliegerstation des Heeres. — Wie verläutet, schweben Verhandlungen, um eine reichsrechtliche Regelung des Leuchtfeuerwesens für die Luftschiffahrt durchzuführen.

Das Würzburger Landgericht beschlagnahmte die von einem Kinobesitzer hergestellten Aufnahmen militärischer Übungen auf dem Münchener Exerzierplatz wegen Vergehens gegen das neue Spionagegesetz. Der verhaftete Operateur wurde inzwischen wieder aus der Haft entlassen, die Freigabe des Films jedoch abgelehnt.

Allen Presseäußerungen zum Trotz versichern eingeweihte Persönlichkeiten, daß die Reichsleitung nicht die entfernteste Absicht habe, mit einer neuen Reichsfinanzreform vor den Reichstag zu treten; auch ist als neue Einnahmequelle weder ein Hundsteuergeld noch ein Pigarettmonopol geplant, ebensowenig, wie man an eine Herabsetzung der Zuckersteuer denkt.

Das Kriegsministerium hat dem Handwerks- und Gewerbeamtstag auf eine Eingabe mitgeteilt, daß es nach erneuter, eingehender Prüfung zurzeit nicht beabsichtigt den Militärbüchsenmachern die Privatarbeit grundsätzlich zu untersagen.

Stimmung der Berliner Börse vom 17. Juni 1914. Die freundlichere Auffassung der politischen Lage wirkte auf die Börse anregend. Zwar war der Einfluß noch nicht sonderlich intensiv, aber dennoch gewann eine ruhige Stimmung die Oberhand. Die Montanaktien zogen meist $\frac{1}{2}$ — $\frac{3}{4}$ % an, Phönix sogar $1\frac{1}{2}$ %. Von Eisenbahnaktien stiegen Schantung- und Orientbahn $\frac{1}{2}$ %, Canada $\frac{3}{4}$ %. Schiffahrtsaktien lagen recht schwerfällig und waren kaum verändert. Fast umschlos waren Elektrizitätswerte. Von deutschen Anleihen stiegen 3 $\frac{1}{2}$ % prozentige Reichsanleihe 0,10 %, während 3 $\frac{1}{2}$ % prozentige und 3prozentige Konsols ebensowie fielen. Der Kassamarkt verkehrte überwiegend schwächer. Tägliches Geld war zu $2\frac{1}{2}$ — $2\frac{3}{4}$ % zu haben. Der Privatdiskont stieg für kurzfristige Sichten auf $3\frac{1}{4}$ % und für langfristige Sichten auf $2\frac{1}{2}$ %.

Schweiz.

Der Nationalrat hat einstimmig das neue Fabrikgesetz angenommen. Das Gesetz beruht auf einem Kompromiß zwischen Industrie und Arbeiterschaft. Es bringt den Sechstundentag, schränkt die Nacht- und Sonntagsarbeit ein, verbietet diese für Frauen und Jugendlichen unter 18 Jahren, setzt als Mindestalter für Fabrikarbeiter 14 Jahre fest und gewährt Wochenruhen bis zu acht Wochen.

Frankreich.

Die letzte Amtshandlung des jetzigen Finanzministers Rouleux als Kriegsminister ist die Veröffentlichung eines Dekrets über das Abonnement der Reserve- und Landwehr-offiziere. Danach werden die Unterleutnants der Reserve nach vier Jahren Dienstzeit und Ableistung von zwei